
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: QUOTEN DER LEBENSMITTELKONTROLLEN SIND ERSCHRECKEND NIEDRIG

16.07.2026

- **Jede dritte Kontrolle fällt aus**
- **Ministerium muss Druck auf Landkreise ausüben**
- **Auch Skandal-Firma Wilke wurde zu selten kontrolliert**

Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende und Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat der Landesregierung Fahrlässigkeit bei der Lebensmittelüberwachung vorgeworfen: „In Hessen werden Lebensmittel immer noch zu wenig kontrolliert. Gerade mal zwei von 26 Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten haben im Jahr 2025 die Zahl der gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen erreicht“, kritisiert Knell. Sie nimmt Bezug auf die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Freien Demokraten ([Drs. 21/4736](#)): „In mehreren Landkreisen sind die Quoten erschreckend niedrig. Im Hochtaunuskreis wurden 2025 gerade mal 18 Prozent der planmäßigen Routinekontrollen vorgenommen, in der Stadt Offenbach 25 Prozent, im Main-Kinzig-Kreis 37 Prozent und in Frankfurt 47 Prozent. Hessenweit liegt die Quote für die vergangenen drei Jahre bei 66,5 Prozent. Jede dritte Kontrolle fällt also aus. Hier muss das für den Verbraucherschutz zuständige Landwirtschaftsministerium als oberste Fachaufsicht viel mehr Druck auf die Kreise und kreisfreien Städte machen.“

Knell ergänzt: „Dass die Landesregierung die hessische Lebensmittelüberwachung trotz dieser schlechten Erfüllungsquoten als insgesamt leistungsfähig bezeichnet, ist fahrlässig. Die Probleme sind offenkundig eklatant und dürfen gerade nach den Erfahrungen des Wilke-Wurstskandals nicht ignoriert werden. Auch Wilke wurde seinerzeit zu selten kontrolliert – mit der dramatischen Folge, dass elf Todes- und 37 Krankheitsfälle auf die verunreinigte Wurst zurückgeführt wurden, der Betrieb geschlossen wurde und die

Verantwortlichen aktuell vor Gericht stehen. Dass nach diesem Skandal immer noch zu wenig kontrolliert wird, versteht kein Mensch.“

Verwundert zeigt sich Knell darüber, dass die Kostenerstattung des Landes weiterhin auf Berechnungen aus den Jahren 2003/2004 basiert. „Zahlungen auf Basis über 20 Jahre alter Daten dürften kaum ausreichen. Hier braucht es dringend eine Neuberechnung. Am Ende muss das Land den Landkreisen und kreisfreien Städten genug zahlen, damit diese ihre Aufgabe der Lebensmittelüberwachung ordentlich erfüllen können.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de